



Caritas-Diakonie-Konferenz

Pressemitteilung

Caritas-Diakonie-Konferenz: "Bleiberechtsregelung muss verlängert werden"

Caritas und Diakonie in Hessen fordern unisono: Auf Stichtag ganz verzichten

(Kassel, 24. Juni 2009). Nachbesserungen beim Bleiberecht haben Caritas und Diakonie in Hessen unisono bei ihrer jüngsten gemeinsamen Konferenz in Kassel gefordert. Die Vertreter der kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Hessen sehen mit Sorge, dass viele Flüchtlinge zum Jahresende die strengen Anforderungen an die eigene Lebensunterhaltssicherung nicht vorweisen können, ihnen deshalb die Aufenthaltserlaubnis entzogen wird und die Abschiebung droht. Im Rahmen der gesetzlichen Altfallregelung haben viele langjährig geduldete Menschen, die länger als sechs oder acht Jahre in Deutschland leben, bis zum Ende des Jahres 2009 eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ erhalten, unter der Voraussetzung, dass sie in der Lage sind, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

„Diese Frist ist nicht realistisch. Denn Geduldete wurden über lange Zeit systematisch vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Dass sie gerade jetzt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten innerhalb der genannten Frist in der Lage sein sollen, ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern, ist unrealistisch“, sagte Oberlandeskirchenrat und Landespfarrer Dr. Eberhard Schwarz, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks in Kurhessen-Waldeck (DWKW) und derzeitiger Vorsitzender der Caritas-Diakonie-Konferenz, in Übereinstimmung mit den Spitzen von Caritas und Diakonie in Hessen.

Schwarz sagte, es sei zunächst notwendig, die Betroffenen beruflich zu qualifizieren, um ihre Selbständigkeit zu fördern. „Gerade Familien mit Kindern, die seit mehr als acht Jahren in Deutschland leben, kann man nicht abschieben, wenn ihre vorläufige Aufenthaltserlaubnis zum 31. Dezember 2009 ausläuft,“ so der Landespfarrer. Statt diese Menschen erneut der Unsicherheit zu überlassen, müssten vernünftige Lösungen gefunden werden.

Die Caritas-Diakonie-Konferenz in Hessen setzt sich dafür ein, so schnell wie möglich eine Fristverlängerung zu beschließen. Um das Ziel, Kettenduldungen abzuschaffen, wirklich erreichen zu können, müsse darüber hinaus auf einen Stichtag gänzlich verzichtet werden.

Daneben fordern die Verbände eine qualitative Verbesserung der Kriterien. So sollte schon der Nachweis genügen, dass man sich ernsthaft um die Sicherung des Lebensunterhaltes bemüht hat. Die faktische Integration in die Gesellschaft, die gerade Kindern sehr häufig gut gelungen ist, sollte ebenfalls stärker berücksichtigt werden. „Darüber hinaus,“ so Schwarz, „muss unabhängig von der Lebensunterhaltssicherung auch kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen und alleinerziehenden Personen ein Bleiberecht gewährt werden.“

Caritas und Diakonie erinnern daran, dass der Hessische Innenminister eine entscheidende und konstruktive Rolle bei der Innenministerkonferenz im November 2006 gespielt habe, als es darum ging, einen Kompromiss bei der Bleiberechtsregelung zu finden. Auch bei der bisherigen

Umsetzung liegt Hessen vorn. Nach Rheinland-Pfalz wurden in Hessen bundesweit die meisten Aufenthaltserlaubnisse erteilt, viele davon allerdings nur „auf Probe“.

Deshalb appellieren Caritas und Diakonie, dass auch jetzt von Hessen deutliche Signale ausgehen, die Bleiberechtsregelung nachzubessern.

Stichwort: Caritas-Diakonie-Konferenz in Hessen

Der Konferenz von Caritas und Diakonie in Hessen gehören an:

Caritasverband für die Diözese Fulda, Caritasverband für die Diözese Limburg, Caritasverband für die Diözese Mainz, Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck. Der derzeitige Vorsitzende ist der Vorstandsvorsitzende des DWKW, OLKR und Landespfarrer Dr. Eberhard Schwarz.

Hinweis für die Redaktionen:

Für Rückfragen steht Ihnen Dr. Eberhard Schwarz unter 0561 1095-302 oder Eugen Deterding, Flüchtlingsreferent im DWKW, unter 0561 1095-121 zur Verfügung.